

15. OKT 1964

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

2/XIX/198

Bonn, den 15. Oktober 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite ----- Zeilen -----

1 - 4 Seit 14 Jahren: 197

Ringeln um kommunale Selbstverwaltung in Europa

Von Gerhard Flämig, MdB

5 - 6 Die amerikanische Demokratie 89

Sie tun sich gegenseitig nicht weh

Von unseren Korrespondenten in Paris.

Georg Scheuer

7 Auf gefährlichen Pfaden 41

Sukarno misachtet das Selbstbestimmungsrecht der Nachbarn

+ + +

Seit 14 Jahren:

Ringen um kommunale Selbstverwaltung in Europa

Von Gerhard Flämig, MdB

Mehr als 4000 Kommunalpolitiker aus dem freien Teil Europas werden an dem VII. Europäischen Gemeindetag in Rom teilnehmen. Allein aus der Bundesrepublik werden 1000 Delegierte und etwa 500 Gäste erwartet. Vom 15. bis 18. Oktober 1964 soll die italienische Hauptstadt im Zeichen des Ringens um kommunale Selbstverwaltung in Europa stehen. Der amtierende Staatspräsident, sowie Italiens Ministerpräsident, ferner der Präsident der EWG-Kommission, Professor Hallstein, und zahlreiche Persönlichkeiten aus den Staaten des freien Europa - darunter auch eine Delegation des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung unter Führung von Bundeswohnungsbauminister Lücke als Präsident des Deutschen Gemeindetages - werden an der Eröffnungssitzung im Sportpalast teilnehmen. Sie wird geleitet vom Präsidenten des Rates der Gemeinden Europas, dem Luxemburgischen Innenminister Dr. Henry Cravatte.

Der VII. Europäische Gemeindetag steht unter dem Motto: "Hunderttausend Gemeinden und Gemeindeverbände sorgen sich um ihre Zukunft und um Europa".

Am Eröffnungstag ist im Sportpalast von Rom erstmalig ein "Round Table der Völker Europas" vorgesehen. Die Teilnehmer am VII. Europäischen Gemeindetag werden an den Rat der Gemeinden Europas (RGE), an die Vertreter der europäischen Institutionen und an bekannte europäische Persönlichkeiten Fragen richten. Es werden ihnen antworten: Präsident Dr. Henry Cravatte, die Mitglieder des RGE-Präsidiums, unter ihnen Bürgermeister Gaston Delferre, Oberbürgermeister Dr. Ludwig Engel (Darmstadt), Geoffrey Rippon (Großbritannien), Professor Umberto Serafini (Italien), Bürgermeister Jean-Joseph Merlot (Belgien), Dr. Albert Hammer (Österreich) und Demetrios Hadjiyannis (Griechenland). Als prominente Europäer werden teilnehmen: der Präsident der Französischen Nationalversammlung und Vorsitzende des Aktionskomitees des RGE, Bürgermeister Jaques Chaban-Delmas (Bordeaux), der Präsident des Europäischen Parlaments, Jean Duviolsart, der Präsident der Europäischen Bewegung, Maurice Faure, der Präsident der Beratenden Versammlung des Europarates, Pierre Pflimlin, sowie Charles Janesens, der Präsident der Studiengruppe für Gemeindefragen beim Europäischen Parlament, neben Vertretern der Wirtschaftsorganisationen, der Gewerkschaften, der Jugendorganisationen, Schulen und Universitäten.

Auf dem Programm des VII. Europäischen Gemeindetages stehen Beratungen und Beschlußfassungen über drei Generalthemen:

1. Die Gemeinden und Gemeindeverbände als Hort des Europäischen Geistes,
2. Europäische Raumordnung und Regionalplanung müssen demokratisch und dürfen nicht autoritär sein,
3. Europa braucht Institutionen, die seine wirtschaftliche und politische Einheit dauerhaft sichern.

Besondere Kommissionen sollen Resolutionen zu diesen Themen erarbeiten, die dann dem Europäischen Gemeindetag auf der Schlußsitzung zur Annahme empfohlen werden.

Es begann im Januar 1951

Im Jahre 1950 hatten sich der Schweizer Professor Gasser, ein bekannter Verfechter der kommunalen Selbstverwaltung, und Edouard Herriot, Bürgermeister von Lyon und Ehrenpräsident der Französischen Nationalversammlung, dafür ausgesprochen, ein europäisches Organ zur Verteidigung der gemeindlichen Selbstverwaltung zu gründen. Am 1. Oktober 1950 waren sieben europäisch gesinnte Kommunalpolitiker nach Seelisberg am Rütli in die Schweiz gekommen. Unter dem Vorsitz von Professor Gasser hatten sie ein Initiativ-Komitee zur Schaffung des Rates der Gemeinden Europas gegründet. Für Deutschland nahm der seinerzeitige Oberbürgermeister von Bielefeld, Ladebeck (SPD) teil. Zu den Befürwortern gehörte der damalige Oberbürgermeister von Frankfurt, Dr. Walter Kolb.

Vom 22. bis 30. Januar 1951 fand dann in Genf die Gründungsversammlung des Rates der Gemeinden Europas statt. 60 Bürgermeister und Gemeindevertreter aus acht europäischen Ländern - Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Holland, Luxemburg, Italien und Schweiz - bekannten sich zur Selbstverwaltung (Gemeindeautonomie) überall in Europa als Schutzwall der persönlichen Freiheit. Sie betonten, daß die Gemeindefreiheit durch die Eingriffe des Staates vielerorts bedroht sei und daß der Zusammenschluß Europas durch häufige Opposition zwischen den Staaten, entgegen dem Willen der Völker, immer wieder verzögert werde. Die Kommunalpolitiker aber seien im engen Kontakt mit der Bürgerschaft und deshalb besonders berufen zur Propagierung der europäischen Idee, eines europäischen Gemeinschaftsbewußtseins und zur Mitarbeit am Aufbau eines vereinten Europa, das die Verschiedenheiten achtet und auf der Freiheit des Bürgers und seiner Gemeinde fußt.

Die europäischen Gemeindetage

Nachdem sich in Paris das Generalsekretariat des RGE (Generalsekretär Jean Bareth) unter dem ersten Präsidenten, dem Luxemburger Bürgermeister Emile Hamilius, konstituiert hatte und in den einzelnen Ländern nationale Sektionen des RGE (Deutsche Sektion in Mühlheim b. Frankfurt) gebildet worden waren, wurde beschlossen, in regelmäßigen Abständen die Vertreter der europäischen kommunalen Selbstverwaltung zu "Europäischen Gemeindetagen" zusammenzurufen.

Die erste öffentliche Veranstaltung des RGE war der Erste Europäische Gemeindegtag in Versailles und Paris, der im Oktober 1953 stattfand und an dem mehr als 400 Kommunalpolitiker aus Europa teilnahmen. Auch Österreichs Gemeinden hatten mittlerweile den Anschluß an den RGE gefunden. Die Eröffnung dieses ersten Europäischen Gemeindegtages im großen Saal des Rathauses von Paris wurde zu einer eindrucksvollen Demonstration des Willens der Bürger in den Städten, Gemeinden und Regionen Europas, am Aufbau eines einigen und freien Europas mitzuwirken.

"Charta der Gemeindefreiheiten"

Der erste Europäische Gemeindegtag stand ganz im Zeichen der "Europäischen Charta der Gemeindefreiheiten", die einstimmig angenommen wurde. Darin heißt es u.a.: "Die im Rat der Gemeinden Europas über die Grenzen hinweg vereinigten Gemeinden sind entschlossen, im Interesse der Bürger ein freies und friedliches Europa zu schaffen. Sie haben durch Jahrtausende geheiligte Rechte als eines der Fundamente der Menschenfreiheit erneut festgelegt, denn sie sind bedroht und vielerorts vernichtet. Der RGE wird diese Rechte verteidigen und hinter jede in Kampf um ihre Rechte stehende Gemeinde die gesammelte Macht aller Gemeinden stellen." In den Grundsätzen der Charta wird betont,

die Gemeinden müßten sich bewußt sein, daß sie die Grundpfeiler des Staates sind. Echte Gemeindefreiheit könne nur in einem Volke bestehen, das von dem Willen zur Selbstverwaltung beseelt sei. Die Gemeindefreiheit, so wird gefordert, müsse in der Staatsverfassung garantiert sein, mit der Möglichkeit, im Falle von Übergriffen seitens staatlicher Behörden einen hohen, unabhängigen Gerichtshof anzurufen.

Hauptziel: Europäische Politische Gemeinschaft

Schon auf dem II. Europäischen Gemeindetag, der im Oktober 1954 in Venedig stattfand, zeigte sich der wachsende Einfluß des RGE. Die Zahl der europäischen Gemeinden, die er repräsentierte, betrug bereits 40 000. Als Hauptziel seiner Tätigkeit proklamierte der RGE in Venedig die "Errichtung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft, die mit tatsächlichen, aber beschränkten Befugnissen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet ausgestattet, einer demokratischen Kontrolle durch allgemeine, direkte Wahlen unterworfen ist".

Der RGE, dem sich inzwischen Gemeinden und Gemeindeverbände in 15 europäischen Ländern angeschlossen hatten, beschloß in Venedig die Gründung einer Europäischen Kommunalkreditanstalt und eines Institutes für Interkommunale Studien und Beziehungen, das seinen Sitz seither in Lugano/Schweiz hat.

Europäisches Gemeinschaftsbewußtsein durch "Jumelages"

Hatten sich in Venedig mehr als 1 000 Kommunalpolitiker zusammengefunden, so kamen zum III. Europäischen Gemeindetag im Oktober 1956 schon weit mehr als 2 500 Bürgermeister, Gemeindevertreter, Landräte, Kreistagsabgeordnete und andere Repräsentanten der kommunalen Selbstverwaltung nach Frankfurt am Main und Bad Homburg.

Der III. Europäische Gemeindetag stand im übrigen besonders im Zeichen der Städteverschwisterungen, die vom RGE in großem Umfange angebahnt wurden, weil man in ihnen ein hervorragendes Mittel zur Weckung und Stärkung eines europäischen Gemeinschaftsbewußtseins unter den Bürgern in allen Ländern Europas erkannt hatte. Durch den Austausch von Schülern und gegenseitige Besuche über die Grenzen hinweg sollten Vorurteile abgebaut und Verständnis für die Belange und Ansichten der europäischen Nachbarn verbreitet werden. Heute sind schon 36 deutsche Städte und Gemeinden mit Kommunen in 22 Ländern verschwistert und die Zahl der "Jumelages" (von französisch "jumeaux" = Zwillinge) wächst noch immer an.

"Kommunen in die Raumordnung einschalten!"

Im Juli 1958 tagte der IV. Europäische Gemeindetag in Lüttich (Belgien). Der Präsident der Beratenden Versammlung des Europarates, Professor Dehousse, Robert Schuman, damals Präsident des Europäischen Parlamentes, der seinerzeitige Präsident der Hohen Behörde der Montanunion, Finet, und der heutige Präsident der Französischen Nationalversammlung, Bürgermeister Chaban-Delmas (Bordeaux), damals Präsident der Europäischen Kommunalkonferenz, nahmen u. a. daran teil. Unter den Hauptreferenten war der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Professor Carlo Schmid, der einen viel beachteten Vortrag über das Thema "Nur

die freie Gemeinde kann die Technik des XX. Jahrhunderts in den Dienst der Menschen stellen" hielt.

Der IV. Europäische Gemeindetag erhob die Forderung, die europäischen Kommunen in die europäische Raumordnungspolitik direkt einzuschalten. Die Arbeit der Montanunion habe gezeigt, daß die europäischen Wirtschaftseinrichtungen weitgehend das Leben der Gemeinden und Regionen beeinflussen. Eine europäische Wirtschaftspolitik müsse sich auch auf die Gemeinden und Gemeindeverbände stützen, sonst werde der Gemeinsame Markt den europäischen Völkern selbst wenig Nutzen bringen. Die Hohe Behörde und die nationalen Regierungen wurden deshalb gebeten, ihre Maßnahmen, speziell auf dem Wohnungssektor, mit den Kommunen abzustimmen und eine Politik der weitgehenden Dezentralisierung in die Wege zu leiten, um einen Ausgleich des Gefälles zwischen Stadt und Land zu erreichen.

"Finanziell gesunde Gemeinden in Europa schaffen!"

Der Stärkung der Selbstverwaltung in allen europäischen Gemeinden, insbesondere der ausreichenden Ausstattung mit eigenen Mitteln und Finanzquellen, waren die Vorträge und Resolutionen auf dem V. Europäischen Gemeindetag im März 1960 in Cannes (Frankreich) gewidmet. Der RAT DER GEMEINDEN EUROPAS hatte inzwischen den beratenden Status beim Europarat erlangt. Auf den regelmäßigen Europäischen Kommunalkonferenzen der Beratenden Versammlung des Europarates stellte er mehr als die Hälfte der Delegierten und in den Herren Chaban-Delmas (Frankreich), Dardel (Frankreich) und später Dr. Henry Gravatte (Luxemburg) - der inzwischen zum Präsidenten des RGE gewählt worden war - auch deren Präsidenten. Die deutsche Sektion war inzwischen auf rund 800 Städte und Gemeinden mit direkter Mitgliedschaft und mehreren tausend Kommunen mit indirekter Mitgliedschaft über die angeschlossenen kommunalen Spitzenverbände angewachsen. Präsident ist seither der Darmstädter Oberbürgermeister Dr. Engel (SPD).

"Europas Hinterhöfe beseitigen!"

Die direkte und unmittelbare Vertretung der Spitzenorganisationen der europäischen Kommunalpolitik in den Europäischen Institutionen und die europäische Raumordnung waren Hauptanliegen des VI. Europäischen Gemeindetages im April 1962 in Wien. Mehr als 4 000 europäische Kommunalpolitiker hatten sich in der Wiener Stadthalle zusammengefunden. Das Echo in Fernsehen, Rundfunk und Presse brachte deutlich zum Ausdruck, daß dem RAT DER GEMEINDEN EUROPAS der Durchbruch gelungen war. Die Österreichische Bundesregierung nahm den VI. Europäischen Gemeindetag zum Anlaß, durch eine Verfassungsänderung die Kommunen als dritte Säule in den Staatsaufbau einzugliedern und ihre Selbstverwaltung zu garantieren.

Mit großem Interesse wurden die Berichte der deutschen Delegierten zur Kenntnis genommen, die von den Erfolgen der "sozialen Aufrüstung" in einigen Bundesländern, besonders in Hessen, mit dem Ziele berichteten, das Leben auch auf dem Lande lebenswert zu machen und einen Ausgleich der Verhältnisse zwischen Stadt und Land zu schaffen. Der Frankfurter Professor Dr. Heundörffer zeigte Wege auf, wie es gelingen könne, "Europas Hinterhöfe", wie Süditalien, Piemont, Eifel, zu beseitigen.

"Europäische Raumordnung und Regionalplanung müssen demokratisch und dürfen nicht autoritär sein" - das war die Forderung auf Einschaltung der kommunalen Verbände in die europäische Raumordnungspolitik. Sie wird eine der Hauptforderungen sein auf dem VII. Europäischen Gemeindetag im Oktober 1964 in Rom!

Dialog Gaullisten - Kommunisten

Sie tun sich gegenseitig nicht weh

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Schauer

Nur zwei politische Blöcke hätten in Frankreich Platz, nämlich Gaullisten und Kommunisten, erklärte vor kurzem der gaullistische Innenminister Roger Frey. Die bisherigen Mittelparteien (Sozialisten, Christdemokraten, Unabhängige) müßten sich zwischen diesen beiden Blöcken entscheiden. Die Präsidentschaftswahl des nächsten Jahres würde so das politische Leben Frankreichs "vereinfachen".

Die gaullistische These eines "Zweiparteiensystems" ist nicht neu. Zum Unterschied von anderen westeuropäischen Ländern, in denen eine konservative Partei und eine demokratische Fortschrittspartei auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie um Einfluß ringen, gibt es in Frankreich nach gaullistischer Auffassung neben der UMR nur die Kommunisten als lebensfähige Kraft. Diese "Idee" verfochten die Gaullisten schon in der Vierten Republik, als sie die demokratischen Mittelparteien einschließlich der Sozialisten als "Staub" bezeichneten und nur die Kommunisten als ebenbürtige Gegner anerkannten. Am Vorabend der Präsidentschaftswahl wird diese "These" wieder mit Nachdruck vertreten.

Die Gaullisten verfolgen damit mehrere Ziele:

- * 1. Die Wählermassen der Mittelparteien sollen für den Gaullismus "weich" gemacht werden. Wenn die Mittelparteien wirklich nicht mehr lebensfähig sind und die Wahl nur noch zwischen Kommunisten und Gaullisten fällt, entscheidet man sich leichter für die Gaullisten und sei es auch nur als "kleineres Übel".
- * 2. Zugleich wird aber auch den Kommunisten eine gewisse Hoffähigkeit zuerkannt. Als Oppositionspartei sind sie dem gaullistischen Regime willkommener als die demokratischen Parteien der Sozialisten, Christdemokraten und Radikalen, die man den Mittelschichten nicht als "Schreckgespenst" präsentieren kann und die dem gaullistischen Regime aussenpolitisch mehr Schwierigkeiten bereiten als die Kommunisten.

Der Ton, den die Gaullisten heute gegenüber den französischen Kommunisten anschlagen, unterscheidet sich wesentlich von früheren Äußerungen. De Gaulles Ehrensalve am Grab des Kommunistenchefs Maurice Thorez und die Trauerrede des gaullistischen Präsidenten der Nationalversammlung Charbon-Delmas waren nicht nur Formalitäten, sondern wirkliche Anerkennung einer gewissen "nationalen" Rolle der kommunistischen Partei Frankreichs.

Als Gegenstück dazu kann man die wiederholten kommunistischen Loblieder für de Gaulles Aussenpolitik betrachten. Dieser Tage war es wieder der neue Generalsekretär der kommunistischen Partei Frankreichs, Waldeck-Rochet, der erklärte:

"Nicht wir haben unsere Stellung geändert, sondern de Gaulle muß heute infolge des Zusammenbruchs des Kolonialsystems und infolge der Siege der nationalen Befreiungsbewegungen zugeben,

daß die Neutralisierung und Unabhängigkeit die einzige Lösung für Südvietnam ist."

Zugleich betonte der kommunistische Generalsekretär, daß seine Partei den sozialdemokratischen Präsidentschaftskandidaten Gaston Defferre nicht unterstützen werde. So betrachten Gaullisten und Kommunisten in Frankreich heute - wie schon in der Vierten Republik - als Hauptgegner die demokratischen Mittelparteien, die nach wie vor an der parlamentarischen Demokratie und am Atlantischen Bündnis mit den Vereinigten Staaten festhalten.

Diese innenpolitische Annäherung und der immer freundlichere Dialog zwischen Gaullisten und Kommunisten erfolgen parallel zu der außenpolitischen Entwicklung der Fünften Republik: zunehmende Abgrenzung von den USA und von den westeuropäischen Demokratien, Annäherung an die kommunistisch regierten Länder in Europa und Asien.

* * *

Aktivierung der Beziehungen Paris - Moskau

Französische Wissenschaftler-Delegation in der UdSSR

B.P. - In Moskau und Paris wird gleichermaßen mit Interesse registriert, welche große Bedeutung de Gaulle der Aktivierung der Beziehungen zwischen Paris und Moskau beimißt. Äußeres Zeichen hierfür ist die Zusammensetzung einer offiziellen französischen Wissenschaftler-Delegation, die sich zur Zeit unter Führung von Minister Gaston P a l e w s k i in der Sowjetunion aufhält. Außer einem Stab von wissenschaftlichen Mitarbeitern höchster Qualität gehören der französischen Delegation folgende Persönlichkeiten an: der Hohe Kommissar für Atomenergie, Francis P e r r i n, der Präsident des nationalen Forschungszentrums für Raumfahrt, Jean C o u l o m b, der Generalsekretär der französischen Regierung für wissenschaftliche und technische Forschung, André M a r c h a l, der Präsident des Beratungskomitees der Regierung für wissenschaftliche und technische Forschungen, André Blanc- L a p i e r r e, der Generaldirektor des nationalen wissenschaftlichen Forschungszentrums Pierre J a c q u i n o t und der Direktor des Observatoriums von Paris, Jean-François D e n i s s e.

Die sowjetische Presse weiß die Zusammensetzung der Delegation zu würdigen. Sie berichtet ausführlich über die wissenschaftliche und politische Bedeutung jedes einzelnen Delegationsmitgliedes und schildert das Reiseprogramm der französischen Gäste in allen Einzelheiten. Die Sowjets scheinen auch entschlossen zu sein, der französischen Delegation einen umfassenden Einblick in den Stand ihrer nuklearen Forschungsarbeit zu geben und deuten an, daß zum Abschluß des Besuchs der französischen Wissenschaftler und Politiker gemeinsame Forschungsprogramme ratifiziert werden sollen.

Auf gefährlichen Pfaden

Sukarno mißachtet das Selbstbestimmungsrecht der Nachbarn

E. D. - Seit nahezu einem Jahr dauern die Auseinandersetzungen zwischen Indonesien und der Föderation Malaysia. Sie haben weitgehend dazu beigetragen, daß die an sich schon prekäre Lage in Südostasien noch gefährlicher geworden ist.

Hierbei muß festgestellt werden, daß die indonesische Regierung sich die Verantwortung für diese Lage anlasten muß. Die Föderation Malaysia ist das Ergebnis eines freien Aktes der Selbstbestimmung der in ihr lebenden malayischen, indischen und chinesischen Bevölkerung. Daran gibt es nichts zu deuteln und zu rütteln.

Es ist kein Geheimnis, daß die vom Staatspräsidenten Sukarno initiierte indonesische Außenpolitik seit Bestehen der malaysischen Föderation nicht nur alle denkbaren Versuche unternommen hat und unternimmt, diesen jungen Staat in Südostasien diplomatisch und politisch zu isolieren, sondern auch mit Hilfe der sogenannten Konfrontations-Taktik militärisch zu intervenieren. Dies alles geschieht angesichts der internen Lage Indonesiens, die gerade von den patriotischen Indonesiern mit Sorge betrachtet wird.

Die Aufnahme von Kommunisten in die indonesische Regierung ist ein Tatbestand, der zeigt, wo schon jetzt die wahre Macht im Lande zu finden ist. In diesem Zusammenhang sollte auch daran erinnert werden, daß die Sozialdemokratische Partei Indonesiens, deren Mitglieder zu den stärksten Stützen des antikolonialen Befreiungskampfes des indonesischen Volkes gehörten, seit Jahren verboten ist und daß ihre politischen Repräsentanten, wie Sutan Sjahrir, in Haft gehalten werden. Es sind insbesondere die Freunde des indonesischen Volkes, die die Haltung und die Politik des Staatspräsidenten Sukarno nicht mehr verstehen können.

Wer mit den Problemen Südostasiens in der gegenwärtigen Phase der Entwicklung vertraut ist, der weiß, wie sehr ein politisch stabiles und wirtschaftlich gesundes Indonesien vonnöten ist. Zugleich aber weiß er auch, daß auf keinen Fall die Position Indonesiens auf Kosten der Föderation Malaysia gestärkt werden kann.

Nicht die indonesische "Konfrontations-Taktik" ist die richtige Politik, sondern die Anerkennung der Föderation Malaysia durch Djakarta. Wer sich zum Sprecher einer blockfreien Politik macht, dies zu tun, gibt Sukarno immer wieder vor, der muß das Selbstbestimmungsrecht seiner Nachbarn achten.